A15 A15 Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von Lehrkräften

Antragsteller*in: Martin Weinmann

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Streiche in der Beschlusslage der LSV:
Die Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz setzt sich nicht nur für die Schüler*innen ein. Sie setzt sich auch für die Förderung aller Personen ein, die unmittelbaren Einfluss auf die Erziehung und Bildung der Schüler*innen in Rheinland-Pfalz haben. Darunter verstehen wir die volle finanzielle Bezuschussung von Unterrichtsmaterialien, intensivere und praxisorientierte Weiterbildungen mit einer Stärkung von pädagogischen und methodischen Elementen, welche voll auf die Arbeitszeit angerechnet werden können, sowie einen Rechtsanspruch auf diese, eine Senkung der Klassenmesszahlen und hieraus resultierend eine Verbesserung der Betreuungsrelation.
Ersetze durch:
Die LSV RLP fordert eine drastische Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von Lehrkräften sowie allen Personen, die unmittelbaren Einfluss auf die Erziehung und Bildung der Schüler*innen in Rheinland-Pfalz haben.
Daher fordern wir:

1. Eine drastische Erhöhung der Lehrkräftebesoldung.

2. Die volle finanzielle Übernahme von Unterrichtsmaterialien wie bspw. Kopien. Der Lehrkraft dürfen keine privaten Kosten bei der Unterrichtsdurchführung entstehen.

3. Die volle Anrechnung der Betreuungszeit von AGs auf die Arbeitszeit der Lehrkräfte, sowie die vollständige finanzielle Übernahme der Kosten die durch diese AG entstehen. Keinem*r Schüler*in oder Lehrer*in dürfen für außerschulisches Engagement private Kosten entstehen.

4. Den großzügigen Zugang zu kostenfreien Fortbildungen für Lehrkräfte während der Unterrichtszeit zu allen Themen die den Schulalltag betreffen.

Zuordnung

Thema Lehrer*innen
Beschlusslage:

Begründung

Wir brauchen mehr Lehrkräfte. Die Probleme, die dadurch entstehen können, wie z.B. Unterrichtsentfall, verlieren an Relevanz, wenn wir genug Lehrkräfte hätten. Dieser Antrag zielt darauf ab, den Lehrerjob attraktiver zu machen, ohne die Bildung der Schüler*innen in den Hintergrund zu rücken.
Alles Andere sollte selbsterklärend sein.

A16 A16 Workshops zur Extremismusprävention

Antragsteller*in: Martin Weinmann

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Die LSV RLP fordert, dass ein Workshop zum Thema Extremismusprävention pro Schuljahr an jeder Schule verpflichtend eingeführt wird, an dem die Schülerschaft mindestens einmal teilnehmen muss. Der Workshop muss sich mindestens über einen ganzen Schultag bis zum Mittag erstrecken. Die Durchführung des Workshops kann auch durch Externe erfolgen. Das Hauptaugenmerk des Workshops soll auf der Prävention von Rechtsextremismus liegen, wobei alle Formen von Extremismus zu behandeln sind.

Zuordnung

Thema Anti-Diskrminierung
Beschlusslage:

Begründung

Aufgrund des Erstarkens des Extremismus' überall in Europa ist dringend Prävention nötig. Diese Workshops sollen dieser Entwicklung entgegensteuern und allgemeine Extremismusprävention bewirken.

A5 A5 Cannabiskonsum

Antragsteller*in: Martin Weinmann

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Streiche in der Beschlusslage:
Die LSV befürwortet den Weg der Bundesregierung, sich für die Legalisierung von Cannabis einzusetzen und fordert in diesem Zusammenhang eine Steuer auf Cannabisprodukte, deren Ertrag ausschließlich in Projekte zur Suchtprävention und in Ausgaben im Bereich Bildung und Wissenschaft zu jeweils 50% fließen muss.
Ersetze durch:
Die LSV RLP positioniert sich neutral zu einer Volllegalisierung von Cannabi. Jedoch fordert die LSV RLP im Falle einer Volllegalisierung von Cannabis eine Steuer auf Cannabisprodukte, deren Ertrag ausschließlich in Projekte zur Suchtprävention und in Ausgaben im Bereich Bildung und Wissenschaft fließen muss. Ebenfalls müssen inner- und außerschulische Programme zur Suchtprävention auch mit Fokus auf Cannabiskonsum gefördert werden, wobei auch über Cannabis als Medikament aufgeklärt werden muss.

Zuordnung

Thema Weitere Beschlüsse / Drogenpolitik
Beschlusslage:

Begründung

Die LSV ist eine legitime Vertretung aller Schüler*innen Rheinland-Pfalz' und hat dadurch eine große Vorbildfunktion. Cannabiskonsum wirkt sich (sollte es nicht um den medizinischen Konsum gehen) stark negativ auf die Gesundheit von Schüler*innen aus und sollte daher nicht von uns positiv betrachtet oder verherrlicht werden, sondern wir müssen und für mehr Aufklärung zu dem Thema einsetzen, um Jugendliche wirklich vor den mit Cannabis einhergehenden Gefahren zu schützen.

IA4 IA4 Gesamte SV-Struktur in Lehrbüchern/im Lehrplan

Antragsteller*in: Ben Wrage, Noémie Vandevenne

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Streiche in der Beschlusslage:
Die LSV fordert, dass es ab dem 5. Schuljahr eine Unterrichtsreihe mit einer/m Sozialkundelehrer*in oder der SV gibt, mit dem die Strukturen der SV/LSV/BSV/OBESSU
behandelt werden muss.
Ersetze durch:
Die LSV fordert, dass es so früh wie möglich eine verpflichtende Unterrichtsreihe mit seinem/seiner Sozialkundelehrer*in gibt, in der die schulischen, kommunalen, landesweiten, bundesweiten und europaweiten SV-Strukturen behandelt werden müssen. Dazu fordern wir die Aufnahme der gesamten SV Strukturen sowohl in den Lehrplan, als auch in die jeweiligen Schulbücher.

Begründung

Das Integrieren von SV-Strukturen fördert das demokratische Denken schon in jugen Jahren. Dies ermöglicht einen Einblick für Schüler*innen wie Wahlen funktionieren, wie Interessen vertreten werden, wie man sich politisch engagieren kann und wie Mitbestimmung konkret aussieht. Zusätzlich werden durch regelmäßige Thematisierungen die Strukturen bekannter, somit also auch gestärkt und für engegierte Schüler*innen transparenter (für die Mitgestalltung).
Das gesamte SV-System ist ein politisches System, welches ermöglicht erste Einblicke und Erfahrungen für die Poltik zu bekommen/zu sammeln.

VA1 VA1 Angleichung der Dauer der Halbjahre

Antragsteller*in: Martin Weinmann

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Die LSV RLP fordert bei der Terminierung der Zeugnisausgaben, dass die 2 Halbjahre eine ähnliche Dauer haben müssen.
Es muss immer gewährleistet werden, dass die minimale Anzahl an Leistungsüberprüfungen pro Halbjahr durchgeführt werden kann. Dabei muss genug Zeit sein, damit die Schüler auf diese ausreichend vorbereitet werden können, wobei eventueller teilweiser Unterrichtsausfall miteingerechnet werden muss.

Zuordnung

Thema Unterricht
Beschlusslage:

Begründung

In vergangenen Schuljahren kam es oft vor, dass das zweite Halbjahr deutlich länger als das erste war, z. B. gab es im Schuljahr 23/24 eine Differenz von acht Wochen. Dadurch entstand zur Weihnachtszeit enormer Stress bei Lehrern und Schülern, die benötigte Anzahl an Klassen-/Kursarbeiten rechtzeitig zu schreiben, wodurch dann per Ausnahmegenehmigung auf das Schreiben von Arbeiten verzichtet wurde oder andere Leistungen als diese gewertet worden waren.
Im Gegensatz dazu, konnten im Sommer alle Klassen-/Kursarbeiten sehr frühzeitig geschrieben werden und der Lehrplan wurde überpünktlich erfüllt, währenddessen Inhalte aus dem ersten Halbjahr nur geringfügig behandelt werden konnten.
Mit einer ähnlicheren Dauer pro Halbjahr könnte man diesem Ungleichgewicht entgegenwirken und für die Zukunft durch ein längeres erstes Halbjahr den Stress und Leistungsdruck der Schüler im Winter verringern.

VA15 VA15 Handwerksunterricht an Schulen

Antragsteller*in: Navid Amnani

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Die LSV RLP möge beschließen, dass an weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz ein Handwerksunterricht eingeführt wird, der Schüler*innen handwerkliche Grundkenntnisse, praktische Fähigkeiten sowie nachhaltiges und kreatives Denken vermittelt.
Der Unterricht soll Einblicke in verschiedene handwerkliche Bereiche wie Holz-, Metall-, Elektro-, Textil- oder Bauarbeiten geben und kann dabei sowohl projektorientiert als auch fächerübergreifend gestaltet werden.
Ziel ist es, handwerkliches Arbeiten als gleichwertigen Bestandteil schulischer Bildung zu etablieren und damit neue Wege des Lernens und Gestaltens zu eröffnen.
Die LSK fordert das Bildungsministerium Rheinland-Pfalz auf, gemeinsam mit den Handwerkskammern, Schulen und Betrieben ein Konzept für die schrittweise Einführung und Erprobung eines solchen Unterrichts zu entwickeln.

Zuordnung

Thema Unterricht
Beschlusslage:

Begründung

Handwerkliches Arbeiten ist ein zentraler Bestandteil nachhaltiger und ganzheitlicher Bildung. Es fördert nicht nur praktische Kompetenzen, sondern auch Kreativität, Problemlösungsfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Materialien und Ressourcen.
In einer Zeit, in der Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung immer wichtiger werden, kann Handwerksunterricht ein tiefes Verständnis dafür schaffen, wie Dinge entstehen, repariert und weiterverwendet werden können. Schüler*innen lernen, den Wert von Materialien zu erkennen und nachhaltige Lösungen praktisch umzusetzen,

sei es durch Upcycling-Projekte, Reparaturarbeiten oder die bewusste Auswahl von Werkstoffen.
Darüber hinaus bietet Handwerksunterricht Raum für kreatives Denken und individuelles Gestalten. Er ermöglicht Schüler*innen, eigene Ideen praktisch umzusetzen und neue Ausdrucksformen jenseits theoretischer Lerninhalte zu entdecken.
Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung des Nachwuchses in der Handwerksbranche. Viele Handwerksbetriebe sehen sich heute mit einem zunehmenden Fachkräftemangel konfrontiert. Oft fehlt jungen Menschen der Zugang oder das Interesse, weil sie in ihrer Schulzeit kaum mit handwerklichen Tätigkeiten in Berührung kommen. Ein Handwerksunterricht kann hier gezielt entgegenwirken, indem er Interesse weckt und Begabungen sichtbar macht. Ein solcher Unterricht stärkt nicht nur das Bewusstsein für die Bedeutung des Handwerks in unserer Gesellschaft, sondern fördert auch Verantwortungsbewusstsein.
Er kann so einen wichtigen Beitrag zu einer Bildung leisten, die Kopf und Hand gleichermaßen anspricht und die Kreativität, Nachhaltigkeit und Praxisorientierung verbindet.

VA3 VA3 Einlesezeit für alle linguistischen Fächer (z. B. Spanisch, Englisch)

Antragsteller*in: Ahmad Muhtadi Waliullah

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Die LSV soll sich für eine Einlesezeit in allen Sprachlichen Fächern in den Klausuren einsetzen. Jedes Fach welches einen Text hat, ohne welchem man die Klausur nicht durchführen kann, sollte eine Einlesezeit für diesen haben, welche genug Zeit gibt den Text zu lesen.

Zuordnung

Thema Abitur
Beschlusslage:

Begründung

Man hat nicht genug Zeit für die Klausur, um alles fertig zu machen. Als ich meine Lehrerin gefragt habe, hat die gesagt, dass das Land das nicht erlaubt usw.

VA4 VA4 Kostenfreie Sprachzertifikate für Schüler*innen

Antragsteller*in: Navid Amani

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Die LSK möge beschließen, dass anerkannte Sprachzertifikate wie Cambridge English, DELF, DELE, TELC oder vergleichbare Prüfungen künftig vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.
Die Schulen sollen hierzu die organisatorische und finanzielle Unterstützung erhalten, um allen interessierten Schüler*innen die Teilnahme an diesen Prüfungen zu ermöglichen.
Dabei soll sichergestellt werden, dass die Vorbereitungskurse und Prüfungen im schulischen Kontext verankert und ohne zusätzliche finanzielle Hürden zugänglich sind.
Ziel ist es, allen Schüler*innen, unabhängig von ihrer finanziellen Lage, den Erwerb von Sprachzertifikaten zu ermöglichen, ihre sprachlichen Kompetenzen gezielt zu fördern und sie besser auf Studium, Ausbildung und Beruf vorzubereiten.

Zuordnung

Thema Kostenlose Bildung
Beschlusslage:

Begründung

Sprachzertifikate stellen einen wichtigen Nachweis über fremdsprachliche Kompetenzen dar und sind in vielen Lebensbereichen von großem Vorteil, etwa bei Bewerbungen, Auslandsaufenthalten oder im späteren Berufsleben. Der Erwerb solcher Zertifikate ermöglicht Schüler*innen, ihre Kenntnisse über den schulischen Unterricht hinaus zu vertiefen und international anerkannte Qualifikationen zu erlangen.
Derzeit sind Sprachzertifikate jedoch häufig mit hohen Prüfungsgebühren verbunden, die viele Familien nicht tragen können oder wollen. Dadurch entsteht eine deutliche

soziale Ungleichheit, die den Zugang zu wichtigen Bildungschancen einschränkt. Durch die vollständige öffentliche Finanzierung könnten Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit nachhaltig gestärkt werden. Gleichzeitig würde eine breitere Teilnahme an Sprachzertifikaten die interkulturelle Kompetenz und berufliche Wettbewerbsfähigkeit junger Menschen in Rheinland-Pfalz fördern.
Ein solcher Schritt wäre ein starkes Signal für ein modernes, gerechtes und zukunftsorientiertes Bildungssystem, das allen Schüler*innen die gleichen Möglichkeiten eröffnet, ihre Potenziale voll zu entfalten.

VA6 VA6 Einführung neuer Lerninhalte und Sicherheit

Antragsteller*in: Marlene Stadler

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Die LSV sollte sich dafür einsetzen, dass neue Themen in den Lehrplan kommen. Konkret wünschen wir uns im Fach Sozialkunde o.ä. folgende Schwerpunkte:

- Katastrophenschutz mit Übungen (z.B. Verhalten bei Drohnenangriff)
- Finanzen und Steuern (auch digital)
- Drogenkonsum

Zuordnung

Thema Lehrplan
Beschlusslage:

Begründung

Unsere Lebenswirklichkeit hat sich im Vergleich zu früher verändert. Das sollte sich auch im Lehrplan wiederfinden.

VA7 VA7 Entwertung der Facharbeit stoppen

Antragsteller*in: Leonard Pesch

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Die LSV RLP fordert, dass die Änderung der Bewertung von Facharbeiten in Block I (Qualifikationsbereich), die für Schüler*innen gilt, die ab dem Schuljahr 2024/25 in die Einführungsphase eingetreten sind, wieder zurückgenommen wird. Das heißt, dass sich die Gesamtpunktzahl in Block I durch das Einbringen einer Facharbeit wieder in jedem Fall erhöhen würde. Die zeitgleich eingeführte Aufhebung der obligatorischen Zuordnung der Facharbeit zu einem Leistungskurs und die Öffnung gegenüber allen Unterrichtsfächern begrüßt die LSV RLP hingegen ausdrücklich.

Zuordnung

Thema Oberstufe und Abitur
Beschlusslage:

Begründung

Die Facharbeit unterscheidet sich gegenüber anderen Unterrichtsmethoden insbesondere dadurch, dass sie eigenständiges und auch wissenschaftliches Arbeiten fördert. Sie vermittelt also nicht nur wertvolle Kompetenzen für das Studium, sondern fördert auch die Selbstständigkeit der Schüler*innen, die in unserem Schulsystem heute oft viel zu kurz kommt. Die vom Ministerium nun eingeführte Änderung verringert die Anreize, eine solche Arbeit anzufertigen, obwohl diese im Gegenteil sogar erhöht werden sollten. Wenn die Schüler*innen wie bereits zuvor die Sicherheit haben, dass sich ihre Abiturnote im Falle der Einbringung verbessert, da die in der Facharbeit erreichte Punktzahl zur Gesamtpunktzahl in Block I addiert wird und nicht anderweitig verrechnet wird, dann werden deutlich mehr Schüler*innen eine Facharbeit schreiben und somit in ihrer persönlichen Entwicklung vorankommen. Die bereits
eingeführte Öffnung gegenüber Nicht-LKs ist allerdings sinnvoll, da diese dazu führt,

dass insgesamt mehr Facharbeiten geschrieben werden, was den Zielen des Antrags zugutekommt. Diese Änderung sollte also beibehalten werden.